



Justizsenator Steffen maßregelt die Polizei und riskiert den Super-GAU

## „Es wird keine Demonstrationsverbotszone in der Innenstadt geben!“

Justizsenator Till Steffen (Bündnis 90/Die Grünen) hat am 11. April bekannt gegeben, dass sich der Hamburger Senat gegen eine Demonstrationsverbotszone in der Innenstadt ausgesprochen hat. „Wir sind uns im Senat einig: Es wird keine Demonstrationsverbotszone geben. Es wird selbstverständlich möglich sein, während des Gipfels sehr sichtbar zu demonstrieren.“ Und das solle auch für sehr große Demonstrationen gelten. Große Demos werden „tatsächlich auch an einem zentralen Ort in der Stadt möglich sein“, sagte Steffen gegenüber NDR 90,3. Beim G20-Gipfel am 7. und 8. Juli dieses Jahres werden in Hamburg mehr als 100.000 Gegendemonstranten erwartet. Unter anderem Tausende gewaltbereite Linksextremisten aus ganz Deutschland und dem europäischen Ausland. Mit dieser von Justizsenator Till Steffen verkündeten Entscheidung unterläuft der Senat die Bemühungen der Polizei, Demo-

nstrationen aus Gründen der Gefahrenabwehr aus der Innenstadt herauszuhalten.

Dazu Joachim Lenders, Landesvorsitzender der **Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)**: „Ich bin fassungslos und wütend. Mit dieser Entscheidung, Demonstrationen jedweder Art und Größe in der Hamburger City während des G20-Gipfels zuzulassen, maßregelt der Senat die Polizei und lädt Linksterroristen geradezu ein, die Stadt auseinanderzunehmen. Kein noch so großes Polizeiaufgebot kann dies in einer Millionenmetropole verhindern. Offenbar ist weder dem Ersten Bürgermeister noch den verantwortlichen Senatoren bewusst, was da Anfang Juli auf Hamburg tatsächlich zukommt. Wer übernimmt die politische Verantwortung wenn der G20-Gipfel so endet, wie der G8-Gipfel 2001 in Genua mit Hunderten Verletzten und einem Toten? Wer übernimmt die Verantwortung, wenn wortwörtlich Teile Hamburgs brennen oder die gesamte Mönckebergstraße entglast wird? Der Senat betreibt mit seiner Entscheidung ein gefährliches Vabanquespiel und riskiert dabei ohne Not den sicherheitspolitischen Super-GAU. Beim G20-Gipfel werden meinen Kolleginnen und Kollegen zu allem entschlossenen Linksextremisten gegenüberstehen, für die Gewalt ein legitimes Mittel des politischen Kampfes ist. Mit der Entscheidung des Senats werden Polizistinnen und Polizisten wieder einmal vorgeführt und dürfen dann in wenigen Monaten ihre Knochen hinhalten, weil die Politik es so und nicht anders woll-



© DPoIG Hamburg

> Joachim Lenders: „Wer übernimmt die Verantwortung, wenn der G20-Gipfel so endet, wie das Treffen der G8 in Genua 2001?“

te. Ist es eigentlich ein Zufall, dass der Senat diese Entscheidung fällte und durch Justizsenator Till Steffen verkünden ließ, während Innensenator Andy Grote (SPD) und Polizeipräsident Ralf Martin Meyer im Urlaub sind?“, so Joachim Lenders weiter.

Bereits jetzt, im Vorfeld des G20-Gipfels, werden Hamburgs Polizisten und auswärtige Kräfte enorm belastet und sind faktisch am Limit – drei Monate (!) vor dem eigentlichen Ereignis!

Einsatzlagen können ohne Aufruf der Alarmeinheiten nicht mehr bewältigt werden. Auch am Osterwochenende wurden zum zweiten Mal im April wieder die Alarmeinheiten aufgerufen, um die Sicherheitslage in der Stadt zu bewältigen. Es reicht jetzt endgültig! In einem Erlass des Personalamtes aus dem Jahr

2006 stellt die oberste Dienstbehörde fest, dass bei Fehlern durch Überbeanspruchung im schlimmsten Fall die öffentliche Sicherheit gefährdet wird. Und genau diese Überbeanspruchung der Einsatzkräfte der Polizei steht jetzt bevor, und wir fordern als **DPoIG Hamburg** die Innenbehörde auf, dem unverzüglich entgegenzuwirken und entsprechende Maßnahmen zu veranlassen. Der Verzicht auf eine Demonstrationsverbotszone ist aus Sicht der **DPoIG** ein sicherheitspolitischer Skandal mit Ansage! Die Fachleute für innere Sicherheit nennt man landläufig Polizisten. In Hamburg ist deren Sach- und Fachverstand offensichtlich nicht gefragt und erwünscht. Hier will der Senat „gefallen“ und das „progressive“ Klientel „bedienen“ – auf Kosten der Sicherheit unserer Stadt und der Menschen, die in ihr leben!

Der Landesvorstand

### Impressum:

Redaktion:  
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)  
Erdkampsweg 26  
22335 Hamburg  
Tel. (0 40) 48 28 00  
Fax (0 40) 25 40 26 10  
Mobil (0175) 3 64 42 84  
E-Mail: FRHamburg@gmx.de

Landesgeschäftsstelle:  
Holzdamm 18, 20099 Hamburg  
Tel. (0 40) 25 40 26-0  
Fax (0 40) 25 40 26 10  
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de  
Geschäftszeit: Montag bis  
Donnerstag, 9.00 bis 17.30 Uhr,  
Freitag, 8.30 bis 17.00 Uhr

Fotos: Björn Eggers,  
Ben Krischke, Frank Riebow,  
**DPoIG Hamburg**  
ISSN 0723-2230



@DPoIGHH



© Björn Eggers

## Polizei am Limit

Von Joachim Lenders, Landesvorsitzender

Die Herausforderungen an die Sicherheitsbehörden sind dramatisch gestiegen. Vielfältige Ursachen sind dafür ausschlaggebend: Terroristische Anschläge und Bedrohungsszenarien weltweit, zunehmender politischer Extremismus von links wie auch rechts, religiöse Fanatiker, Salafisten, die Flüchtlingskrise, Cyberkriminalität, organisierte Kriminalität, zunehmende Alltagskriminalität wie beispielsweise die Einbruchs- und Gewaltkriminalität und so weiter und so fort. Die Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen. Nach den Silvestervorfällen in Köln mussten die Sicherheitsbehörden reagieren und konnten nicht mit den althergebrachten Konzepten weitermachen. Nach dem terroristischen Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt mussten erneut die bisherigen Konzepte auf den Prüfstand und verändert werden. Derartige Ereignisse als singuläre Ausnahmen abzustempeln und zur bisherigen Tagesordnung überzugehen war ausgeschlossen. Die Bevölkerung war verunsichert, das Sicherheitsgefühl hatte deutlich gelitten. Die Sicherheitsbehörden muss-

ten reagieren und die Folge war eine stark angestiegene, öffentlich wahrnehmbare Polizeipräsenz, gepaart mit technischen Maßnahmen, wie Videoüberwachung, Absperrmaßnahmen und Zugangskontrollen.

Vor dem Hintergrund der bundesweit angespannten Sicherheitslage sollte man

annehmen, dass die Polizei Hochkonjunktur hat und fast alles möglich gemacht wird, um optimale Voraussetzungen zu schaffen, um die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten. Weit gefehlt – zumindest wenn man den Blick auf eine Millionenmetropole wie Hamburg richtet.

■ **Starke Pensionierungsabgänge bei der Polizei fordern die Politik heraus**

Es wird das Projekt „Einstellungsoffensive EO300+“ geboren. Tatsächlich gibt es im Doppelhaushalt aber keine einzige zusätzliche Stelle für die Polizei. Die Einstellungsoffensive ist einzig und allein der Tatsache geschuldet, dass es exorbitant hohe Pensionierungsabgänge gibt, die durch zusätzliche Einstellungen kompensiert werden sollen. Über 200 Polizeivollzugsstellen sind derzeit unbesetzt, hinzu kommen etwa 70 Stellen bei



© Frank Riebow

▶ Landesvorsitzender Joachim Lenders im Gespräch mit Kay Strasberg während des OSZE-Einsatzes im vergangenen Dezember.



den Polizeiangestellten. Und die Situation an der Polizeiakademie: vollkommen unzureichend. Es fehlen Fachlehrer, Hörsäle, Umkleieräume, Einstellungsberater und der Personalärztliche Dienst kann die Eignungsuntersuchungen nicht zeitnah durchführen. Abhilfe wäre möglich: Die demnächst frei werdende Musikhochschule in der City Nord wäre geeignet als neuer Standort für ein Polizeiausbildungszentrum und das UKE könnte die Eignungsuntersuchungen für die Polizeianwärter übernehmen. Und warum passiert nichts? Weil niemand etwas entscheidet – alles abwartend, prüfend auf die lange Bank schiebend! Eine Einstellungsoffensive ohne Entscheidungsoffensive ist nichts wert.

#### ■ G20: Größter Einsatz in der Hamburger Polizeigeschichte steht bevor

Und was geschieht in einer Stadt wie Hamburg, die Anfang Juli vor einem der größten und herausforderndsten Polizeieinsätze in ihrer Geschichte steht? Alle Beteiligten in der Polizei gehen an ihr Limit – sind engagiert, leisten unzählige Überstunden – versuchen alles Denkbare möglich zu machen, um die Stadt vor möglichen militanten Krawallen zu schützen. Und im Hintergrund agieren die politisch Verantwortlichen mit einer Lethargie, die mittlerweile erschreckend ist. Sie werden nicht müde zu betonen, dass man die Lage im Griff hat und mit aller Entschiedenheit gegen militante Krawallmacher vorgehen wird. Und was genau soll damit gemeint sein? Etwa die Bereitstellung von Räumen an der Hamburger Uni, damit sich G20-Gegner am effektivsten gegen rechtsstaatliche, polizeiliche Maßnahmen zur Wehr setzen können? Getreu dem Motto: „Die Geister die ich rief!“ Wie sieht die nächste of-

fene, tolerante, liberale und weitsichtige staatliche Hilfestellung für militante Protestler aus? Irgendwie müssen Krawallmacher doch angemessen untergebracht werden – vielleicht mehrere staatlich organisierte Großcamps in Parkanlagen und auf öffentlichem Grund und möglichst nicht zu weit weg vom eigentlichen Veranstaltungsort, weil zu lange Wege zum Protestort nicht zumutbar sind? Bürgermeister Scholz hat mal formuliert: „Wir sind liberal, aber nicht doof!“ Es kommen einem langsam Zweifel an dieser Aussage, zumindest stehen sie nicht vollends im Einklang mit dem politischen Handeln des Senats! Überall sind Baustellen, die entweder aufgrund fehlender Entscheidungen nicht geschlossen werden, die zusätzlich der Polizei aufs Auge gedrückt werden oder die harmlos und beschwichtigend dargestellt werden – offensichtlich mit dem Ziel, hinterher überrascht zu tun und den „Schwarzen Peter“ postwendend vor einer erstaunten Öffentlichkeit der Polizei zuzuschieben.

#### ■ Überstunden ohne Ende

Die Überstundensituation in der Hamburger Polizei hält sich dauerhaft auf dem dramatisch hohen Niveau von aktuell 1.050.000 Stunden. Trotz zusätzlicher finanzieller Mittel für die Auszahlung von Überstunden und der tendenziell eher geringen Urlaubsquote im Winterhalbjahr wird sich die Lage noch weiter verschlechtern. Ausschlaggebend hierfür sind die jetzt beginnenden Vorfeldmaßnahmen des G20-Gipfels: Zusätzliche Objektschutzmaßnahmen, Bewachungsaufgaben, Demonstrationen und Veranstaltungen vor dem G20, „Aktionen“ aus der linksextremistischen Szene und der sich daran anschließenden kompletten Urlaubs-



sperre für die Hamburg Polizei von über zwei Wochen. Die Überstunden werden zusätzlich durch den eigentlichen G20-Gipfel mit Alarm- und Bereitschaftsdiensten stark zunehmen.

Die Hundertschaften der Bereitschaftspolizei müssen dauerhaft durch andere Einsatzkräfte, vornehmlich der Einsatzzüge, personell aufgestockt werden. Geschieht dies nicht, würden die eigentlichen Einsatzstärken massiv unterschritten. An den Polizeikommissariaten werden zunehmend Alarmdienste angeordnet, indem die Alarmhundertschaften zur Unterstützung der Bereitschaftspolizei aufgerufen werden. Durch die damit verbundene Personalausdünnung müssen die vorgesehenen Schichtdienste ausgesetzt werden und es kommt zu weiteren, erheblichen Überstunden, die geleistet werden müssen. Trotz all dieser Belastungen geht das „Alltagsgeschäft“ einer modernen Großstadtpolizei weiter. Für das Fußballspiel des HSV gegen Köln sind mehr als 200 Polizistinnen und Polizisten im Einsatz gewesen. Und das ist momentan völlig normal. Hinzu kommt, dass vor dem Hintergrund der terroristischen Bedrohungsszenarien die Polizei bei Großereignissen wie dem

Hafengeburtstag, dem Alstervergnügen oder sportlichen Großveranstaltungen sich ebenfalls neu aufstellen muss. Hier wird es zu Veränderungen kommen, die natürlich nur einhergehend mit einem deutlich gestiegenen Personalansatz zu bewältigen sind. Die Frage ist nur, wie soll das bei den Voraussetzungen noch bewerkstelligt werden? Meine Kolleginnen und Kollegen sind auch Mütter, Väter, haben Freunde, haben Anspruch auf ein soziales Umfeld, ein Privatleben. Offensichtlich scheint die öffentlich gern durch den Senat propagierte „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ für Polizeibeschäftigte nicht zu gelten! **Ich sage es so, wie viele Polizisten es mittlerweile denken, fühlen und spüren: Es reicht! Wir sind am Limit angekommen. Es muss sich etwas ändern und nicht nur in „Sonntagsreden“, sondern spürbar und nachhaltig. Ansonsten werden die Auswirkungen eines solchen, unverantwortlichen Verhaltens Konsequenzen nach sich ziehen.**

*Anmerkung der Redaktion: Der Artikel von Joachim Lenders erschien als Gastbeitrag „Es reicht! Die Polizei ist am Limit angekommen“ im „Hamburger Abendblatt“ vom 13. April 2017.* ■



> Das Kürzel **DPoIG** kann man auch mal so übersetzen: **DIE POLIZEIGEWERKSCHAFT.**

## DPoIG-Klausurtagung

# Personalmangel und Einsatzbelastung im Fokus der Diskussion

Anfang April kam der erweiterte Landeshauptvorstand der **DPoIG Hamburg** zu einer Klausurtagung zusammen. Ein Thema bestimmte die Diskussion nachhaltig, – der Anfang Juli bevorstehende G20-Gipfel und die bereits jetzt dramatische Personal- und Einsatzbelastungssituation unserer Kolleginnen und Kollegen im Vorfeld des Gipfeltreffens. Die seit dem Brandanschlag auf Polizeifahrzeuge intensivierten G20-Vorfeldmaßnahmen hinsichtlich des Objekt- und Raumschutzes haben eine Dimension erreicht, die von der Polizei Hamburg allein nicht durchzuhalten ist und unseren Kollegen nicht zugemutet werden kann. Die Sicherheit des G20-Gipfels kann keine alleinige Hamburger Aufgabe sein und schon

gar nicht über Monate hinweg! Wenn Alarmdienst zum Regeldienst wird und die Ausnahme zum Alltag, dann ist es die Aufgabe des Innensensors, sich schützend vor die Polizei zu stellen! Hier nutzt kein Schulterklopfen, kein noch so gut gemeintes Dankeschön, hier und jetzt hilft nur mehr Personal! Des Weiteren ist vor dem Hintergrund der Belastungssituation kritisch zu prüfen, inwieweit regelhafte Aufgaben zwingend notwendig und durchzuführen sind, oder ob man sie zugunsten der Gesundheit (!) der Kolleginnen und Kollegen temporär vernachlässigen kann. Die **DPoIG** wird während des G20-Gipfels ihr bewährtes Betreuungskonzept analog des OSZE-Einsatzes fortsetzen. Dabei wird die



**DPoIG Hamburg** wiederum von Kollegen anderer **DPoIG**-Landes- und Fachverbände unterstützt werden. Unsere Gewerkschaft ist hier hervorragend aufgestellt und Dank des engagierten Einsatzes vieler Mitglieder werden wir erneut in der Lage sein, ein 24/7-Betreuungskonzept zu leisten. Weitere Themen waren die mit der Einstellungsoffensive verbundenen Probleme an der Akademie der Polizei und die aktuell in Zusammenhang mit ProBeSt erstellten Aufgabenbeschreibungen innerhalb der Organisationsbereiche. Wohin man schaut, an Baustellen innerhalb der Polizei mangelt es nicht. Einen breiten Raum nahm darüber hinaus der gewerkschaftliche Austausch der

verschiedenen Fachbereiche der **DPoIG** ein. Welche gewerkschaftspolitischen Schwerpunkte wollen wir in der nächsten Zeit setzen? Wie begeistern wir Kolleginnen und Kollegen für eine aktive Gewerkschaftsarbeit? Um unter anderem solche Themen breit, intensiv und lösungsorientiert zu besprechen, war die Klausurtagung die geeignete Gelegenheit. Die **DPoIG Hamburg** ist ein klasse Team, wir sind fit für die kommenden Aufgaben und personell hervorragend aufgestellt. Davon können sich unsere Mitglieder jeden Tag aufs Neue überzeugen – und sie tun es, wie viele weitere Kolleginnen und Kollegen auch!

*Der Landesvorstand*



© Frank Riebow (B)

> Landesvorsitzender Joachim Lenders bewertete zunächst die aktuelle Situation der Hamburger Polizei aus Sicht des Landesvorstandes.



## Arbeitstagung Fachbereich Verwaltung

# Die Gewerkschaft: Das sind wir alle

Von Beate Petrou, Vorsitzende Fachbereich Verwaltung

Frei nach dem Motto „Was kann ich für meine Gewerkschaft, für meine **DPoIG** tun, damit sie modern und interessant für alle Kolleginnen und Kollegen ist?“ haben sich Mitte März Mitglieder des Fachbereichsvorstandes Verwaltung und zahlreiche Vertrauensleute getroffen. Einmal ganz in Ruhe ganztägig über das Wie und nicht nur über die Inhalte zu sprechen, das war das Thema der gewerkschaftlichen Arbeitstagung des Fachbereichs Verwaltung. Zunächst einmal ging es um Zahlen, Daten, Fakten: Was bedeutet eigentlich Verwaltung in der Polizei? Etwa 15 Prozent der Hamburger Polizei werden der Verwaltung zugerechnet, einschließlich der Verwaltungsbeamten und der AiP, 58 verschiedene Berufsbilder gibt es, aufgeteilt auf sämtliche Dienststellen der Polizei. Darüber hinaus gibt es noch Bereiche außerhalb der Polizei, die Rückführer im Einwohnerzentralamt und das Parkraummanagement sowie die Verkehrsüberwachung im Landesbetrieb Verkehr, unsere jüngsten Betreuungsfelder, die viele gemeinsame Themen mit der Polizei haben. Themen wie Personalentwicklung, Tarifverhandlung, Eingruppierung,



> Haben sich viel vorgenommen: Stefan Diestel, Michael Adomat, Stephan Paul Marcus und Beate Petrou vom Fachbereich Verwaltung (von links).

Berufsbild AiP, Fortbildung, Telearbeit, Arbeitsbelastung, Dienstzeitgestaltung, Arbeitsbedingungen, demografischer Wandel, Aufgabenübertragung LBV sind derzeit die Schwerpunkte, mit denen wir uns beschäftigen. Wie gehe ich als Gewerkschafter auf die Kollegen zu? Was macht die Gewerkschaft eigentlich heute noch notwendig? Wie bewege ich Kollegen zur aktiven Mitarbeit? Das sind Fragen, die sicherlich auch viele andere Organisationen beschäftigen. Der Fachbereich Verwaltung der **DPoIG Hamburg** stellt dabei die Vertrauensleutearbeit

in den Vordergrund, um ein noch besseres Miteinander zu erreichen. Die Kollegen vor Ort sind der Motor, nehmen die Probleme der Mitarbeiter auf und bringen sie dann in den Fachbereich ein. Informationen sind heute schnelllebig, deshalb müssen sie aktuell auf verschiedenen Wegen kommuniziert werden. Die Kommunikationswege des Fachbereichs Verwaltung via E-Mail, WhatsApp, Facebook und bald auch Instagram decken die verschiedenen Informationsquellen, neben dem klassischen Flugblatt, ab. Während der Arbeitstagung konnten wir drei Mit-

glieder des Landesvorstandes begrüßen, die unsere Anliegen aufgenommen haben und weitere Impulse gaben. Dafür ein Dankeschön an Thomas Jungfer, Freddi Lohse und Klemens Burzlauff. Wir wollen die Vertrauensleutearbeit weiter verbessern und werden, vermutlich im Herbst, dazu ein weiteres Tagesseminar durchführen. Wer bereits jetzt Ideen, Verbesserungsvorschläge oder Anregungen für die weitere gewerkschaftliche Arbeit hat oder sich aktiv einbringen möchte, nimmt bitte Kontakt mit Beate.Petrou@dpolg-hh.de auf. ■



> Landesvize Freddi Lohse war Gast der Arbeitstagung des Fachbereichs Verwaltung ...



> ... ebenso wie Thomas Jungfer, Erster stellvertretender Landesvorsitzender unserer Gewerkschaft.



## Rendezvous mit der Antifa

Von Ben Krischke

Anfang Juli findet in Hamburg der G20-Gipfel statt – und die Polizei stellt sich auf die „schlimmsten Krawalle aller Zeiten“ ein. Die Worte von SPD-Politikerin Manuela Schwesig, wonach der Linksextremismus ein „aufgebauschtes Problem“ sei, hallen in meinem Kopf immer noch nach. Anlässlich des G20-Gipfels und des bevorstehenden Chaos möchte ich eine kleine Geschichte erzählen. Im Jahr 2011 lief ich als junger Reporter (Jahrgang 1986) bei der Gegendemonstration zur Münchner Sicherheitskonferenz mit, um darüber zu schreiben und Fotos zu schießen. Der linksradikale, Schwarze Block lief an der Spitze, ich entsprechend auch. Der Schwarze Block, ich und vielleicht ein, zwei Dutzend Journalistenkollegen plus Hunderte Polizisten. Nicht nur der ganz normale Friedensaktivist mit zotteligem Bart und Klamotten aus den 70ern war Teil der Eröffnungskundgebung, auch die ehemalige RAF-Terroristin Inge Viett war eingeladen, um bei der Veranstaltung zu sprechen. Vom Schwarzen Block, also jenen Linksextremisten, die solche Demonstrationen mitorganisieren. Dass das so kommen würde, hatte ich einige Tage zuvor in „meiner“ Lokalzeitung berichtet. Mich überraschte

damals sehr, dass sich die Journalistenkollegen bei der morgendlichen Polizei-Presserunde, wo uns die Nachricht über den Auftritt von Inge Viett eröffnet wurde, schnell darauf verständigt hatten, nicht darüber berichten zu wollen. Angeblich, um Viett keine zusätzliche Aufmerksamkeit zu verschaffen. Das muss man sich mal vorstellen: Eine ehemalige RAF-Terroristin hält anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz eine öffentliche Rede und die Lokalblätter und lokalen Radiosender schweigen. Das hat etwas von Augen schließen und behaupten, man sei gar nicht da – oder die anderen seien gar nicht da. In dem Fall Inge Viett.

### ► Normale Berichterstattung als „Illoyalität“

Entgegen der vermeintlichen „Absprache“ stand am nächsten Tag der erwähnte Artikel in „meiner“ Zeitung. Die Nachricht machte schnell die Runde, auch überregionale Medien berichteten. Mein kleiner Scoop stieß einer Kollegin einer anderen Zeitung derart sauer auf, dass ich noch am selben Tag eine Nachricht erhielt, in der mir „Illoyalität“ vorgeworfen wurde. Ich ersparte mir eine Antwort, in der ich auf journa-

listische „Integrität“ hätte hinweisen können.

Am Tag der großen Demonstration schließlich war es zunächst überraschend ruhig. Als die Linksradikalen – teilweise komplett verumumt, aber mindestens mit schwarzen Sonnenbrillen vor einer klaren Identifizierung geschützt – einrückten, rief einer der Verantwortlichen für die Demonstration „Ein herzliches Willkommen unseren Freunden vom Schwarzen Block“ ins Mikrofon. Wer hier normale Gäste waren, wer Ehrengäste, war damit eindeutig. Doch weder unter linken Fahnenträgern nahezu aller Parteien, vor allem der Linken und Grünen, noch unter den teilweise verkleideten und bestens gelaunten Durchschnittsdemonstranten machte sich angesichts der paar Hundert Gewaltbereiten aber auch nur ein Hauch von Unwohlsein breit. Stattdessen gab es vereinzelt sogar frenetischen Applaus, als würde gerade der FC Bayern München auflaufen. Nach gut einer halben Stunde, in der der Schwarze Block im Bahnhofsviertel – indem vor allem Araber und Türken ihre Geschäfte haben – unter anderem „Freiheit für Kurdistan“ skandierten und damit – natürlich – bewusst provozierten, meldete sich die ehemalige RAF-Terro-

► Der Schwarze Block bei einer Demonstration in Hamburg am Tag der Deutschen Einheit im Jahr 2008.

ristin Inge Viett per Megafon aus einem Auto heraus. Dank getönter Scheiben weitgehend vor neugierigen Blicken und aufdringlichen Fotografen geschützt. Viett war RAF-Mitglied und Teil der „Bewegung 2. Juni“. 1982 tauchte sie in der DDR unter und wurde nach ihrer Enttarnung 1990 wegen versuchten Mordes an einem Polizisten zu dreizehn Jahren Haft verurteilt. Bis heute hat sich Viett nie von den bewaffneten Aktionen der RAF distanziert. Wie kann man, frage ich mich noch heute, Schulter an Schulter mit solchen Personen marschieren, wenn man sich selbst als Friedensaktivist betrachtet oder Mitglied einer demokratischen Partei ist?

### ► Wir haben dich auf dem Schirm!

Als ich mich bald darauf dreistete, an die Spitze des Demonstrationzuges zu gehen und die Antifa frontal zu fotografieren, bekam ich die erste Quittung. Auf das Zeichen einer verumumten Demoteilnehmerin hin, löste sich ein Mitglied des Schwarzen Blocks aus seinen Reihen und ging direkt auf mich zu. „Wenn das Foto gedruckt wird, dann weißt du, was passiert!“, drohte er. Ich gab ihm freundlich, aber bestimmt zu verstehen, dass er mich damit nicht beeindruckt



und ich auch weiterhin meinen Job machen werde. Daraufhin ging er zurück in seinen Trupp. Für den Rest der Demo ließ man mich in Ruhe. Stattdessen konzentrierten sich zwei Fotografen, die offensichtlich zum Schwarzen Block gehörten, darauf, unter anderem einen lang gewachsenen Journalisten mit Brille zu bedrängen, der weniger selbstsicher auftrat. Am Marienplatz, dem Ende des Demonstrationzugs, angekommen, kapselte ich mich schnell von den Demoteilnehmern ab und stellte mich weit abseits, um meine Fotos anzusehen und meine Notizen kurz zu überfliegen. Da kniete sich ein dicker Langhaariger einige Meter vor mir auf den Boden und fotografierte mich. Mit einem Nicken verschwand er wieder. Die Nachricht war angekommen: Wir haben dich auf dem Schirm! Als Reaktion darauf verschwand ich wiederum schnellstmöglich in der U-Bahnstation und fuhr davon.

Ich glaube, das war der Tag, an dem der Konservative in mir zu wachsen begann. Seitdem und aufgrund vieler weiterer Vorkommnisse mit linken Chaoten in den darauffolgenden Jahren weiß ich, dass der Linksextremismus eben kein aufgebauschtes, sondern ein reales Problem ist, über das man viel zu selten spricht. Und wenn, dann nennt man das Kind nicht

beim Namen, spricht stattdessen von Provokationen durch die Polizei oder nennt die Wirrköpfe Autonome. Da dieser Beitrag im „POLIZEISPIEGEL“ erscheint, noch ein kleines Lob: Ich war damals durchaus angehen von der Ruhe und Professionalität der Beamten vor Ort.

#### Neues vom „aufgebauschten Problem“

Im Juli 2017 findet nun der G20-Gipfel in Hamburg statt. „Hamburg1: Aktuell“ berichtet: „Die Polizei Hamburg rechnet für Juli mit den schlimmsten Krawallen aller Zeiten in der Hansestadt. Deutlich schlimmer noch als die Mai-Krawalle im vergangenen Jahr.“ Und weiter: „Spätestens ab April befürchten die Beamten zunehmend mehr Straftaten, die in Verbindung mit dem Gipfeltreffen stehen.“ Es gibt erste vorsichtige Schätzungen, die von 8.000 „Militanten, Gewaltorientierten, Gewaltbereiten“ ausgehen. Aus einem internen Papier der Polizei geht außerdem hervor, dass es zu Anschlägen auf die Infrastruktur kommen soll, auf den Hafen, den Elbtunnel, auf Strom- und Telefonmasten.

„Das ist kein normaler Straßenkrawall, das ist organisierter und strukturierter Krawall, der auf die Straßen getragen wird. Und das ist gefährlich“, sagt

#### Zur Person



© Ben Krischke

Ben Krischke

Ben Krischke ist Journalist, Kolumnist und freier Autor. Er schreibt unter anderem für „Die Achse des Guten“ von Henryk M. Broder und Dirk Maxeiner und für die Medieninitiative „Schmalbart Network“, wo er sich laut eigener Aussage als „Ein-Mann-APO“ mit einem linksliberalen Kollegen und „so ziemlich allen anderen Schmalbart-Unterstützern“ über Politik und Medien streitet. Sein aktueller Blog „Annotare“ ist Teil seiner Homepage und unter [ben-krischke.com](http://ben-krischke.com) zu finden. Er lebt und arbeitet in seiner Wahlheimat München.

Joachim Lenders, Landesvorsitzender der **Deutschen Polizeigewerkschaft** in Hamburg, bei „Hamburg1: Aktuell“. „Ist Hamburg auf so etwas vorbereitet?“, fragt der Moderator. „Nein, sind wir nicht. Und wir werden es unmöglich mit unserer eigenen Landespolizei schaffen“, antwortet Lenders. Und dann fügt er diesen einen, entscheidenden Satz an: „Wenn ich kein Polizist wäre,

würde ich die Stadt verlassen.“ Das klingt nun aber gar nicht nach einem aufgebauschten Problem.

*Der Beitrag von Ben Krischke erschien zuerst auf seinem Blog „Annotare“ und auf dem Autorenblog „Die Achse des Guten“. Der POLIZEISPIEGEL bedankt sich ganz herzlich bei Ben Krischke für die freundliche Genehmigung des Nachdrucks. ■*





© Otto/Fotolia

Gut zu wissen

# Was ist Predictive Policing?

Die Polizeien versuchen mit Hilfe von Predictive Policing herauszufinden, wo demnächst mit hoher Wahrscheinlichkeit eingebrochen wird. Das Prinzip funktioniert so: Wohnungseinbruchsdiebstähle werden oft von Serientätern begangen. Sie haben ein bestimmtes Tatmuster und probieren es in der Nähe bald wieder. Neu ist jetzt die Nutzung von IT: Polizeibehörden wollen Muster erkennen und so zum Beispiel einfacher und genauer herausfinden, ob ein Serientäter am Werk war – der womöglich bald wiederkommt. Oder ein Einmaltäter, den man zwar zu ermitteln versucht, bei dem man aber nicht gegen eine etwaige Rückkehr vorbeugen muss. Ende November 2016 fand dazu im Bundeskriminalamt (BKA) eine Fachtagung mit Vertretern der Landeskriminalämter (LKA) statt, Ende Januar dieses Jahres ein ergänzender Workshop. In Berlin, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen laufen oder liefen Pilotprojekte. Studien

werden beziehungsweise wurden in Brandenburg und Hamburg durchgeführt, während Bayern bereits mit Predictive Policing arbeitet. Je nach Bundesland stammt die Software von einem externen Anbieter, die dann vielleicht weiterentwickelt wird, oder ist eine Eigenentwicklung. Die meisten Landeskriminalämter testen das Programm zunächst in einer überschaubaren Anzahl von Polizeidirektionen, sie erproben ihre Prognosen auf der Basis differenzierter und unterschiedlich gewonnener Daten. Allen geht es um Wohnungseinbrüche, die Ersten beginnen aber auch mit dem Einsatz bei anderen Delikten. Das LKA Hamburg setzt sich seit dem Jahr 2014 mit dem Thema auseinander und derzeit läuft das wissenschaftliche Forschungsprojekt „Prädiktionspotenzial schwere Einbruchskriminalität“. Ziel ist die Prüfung, ob die Methode überhaupt für den Einsatz in Städten wie Hamburg mit sehr hohem Urbanitätsgrad geeig-

> Ruhestand

**Folgende Kollegin und Kollegen sind zum 30. April 2017 in den Ruhestand gegangen:**

**Direktion Einsatz**

PHK	Dittmer, Eckhard	DE 365
EPHK	Schlünz, Klaus-Dieter	DE 22
PHK	Sellhusen, Frank	DE 21

**Direktion Polizeikommissariate und Verkehr**

PHK	Helberg, Cord-Günter	PK 38
POK	Keßner, Klaus	PK 34
PHK	Komatowsky, Jens	PK 47
PHK	Kröger, Manfred	PK 24
PHK	Freiherr von Münchhausen, Josef	PK 31
PHK	Peters, Eckhard	PK 11
POKin	Schleu, Margit	PK 26
PK	Schubert, Thomas	PK 35
PHK	Stapmanns, Christoph	VD 52
EPHK	Thoden, Dietmar	PK 46
EPHK	Wittmann, Bodo	VD 30
PHK	Zander, Edmund	PK 44

**IT**

PHK	Ott, Bernd-Gustav	IT 35
-----	-------------------	-------

**Landeskriminalamt**

PHMmZ	Claußen, Peter	LKA 17
PHK	Erfurth, Lutz	LKA 12
KHK	Feddern, Rüdiger	LKA 15
EKHK	Meyer, Thomas	LKA 26
KHK	Voth, Roloff	LKA 26

**Personalabteilung**

PKin	Bostel, Andrea	PERS 41
POK	Dittmann, Claus	PERS 41

**Verwaltung und Technik**

PHK	Knaack, Jörg	VT 12
-----	--------------	-------

net ist. Im Rahmen des Forschungsprojekts wird auch ein Auswertesystem entwickelt. Das Projekt soll zunächst bis Ende 2017 laufen. Bayern ist am weitesten: Hier wird die Methode schon verwendet, und zwar mit der Software Precobs des Oberhausener Instituts für musterbasierte

Prognosetechnik. Von Oktober 2014 bis Juli 2015 wurde eine Machbarkeitsstudie durchgeführt und durch die Kriminologische Forschungsgruppe begleitet. Seitdem wird es vom LKA sowie den Polizeipräsidien München und Mittelfranken erfolgreich verwendet.

> Verstorben

9.2.2017	Reuschenbach, Erhard	POK i. R.	95	12.3.2017	Suckow, Anne	KKin	35
23.2.2017	Mimietz, Heinz	KHK i. R.	87	13.3.2017	Kirschberger, Erwin	EPHK i. R.	77
27.2.2017	Marten, Arno	KHM i. R.	98	14.3.2017	Garschke, Peter	PHM i. R.	74
1.3.2017	Duden, Fritz-Christoph	PHM i. R.	77	16.3.2017	Häger, Detlev	PHM i. R.	61
4.3.2017	Lück, Jürgen	PHM i. R.	88	18.3.2017	Hüneke, Friedrich	PHM i. R.	81
4.3.2017	Stoyer, Gerhard	KHK i. R.	73	21.3.2017	Czayka, Wilfried	LPD i. R.	92
5.3.2017	Lerch, Ilona	Vae. i. R.	66	24.3.2017	Heinrich, Sofie	Vae. i. R.	93
12.3.2017	Herrnberger, Kurt	Ang. i. R.	102	27.3.2017	Saager, Günter	PHK i. R.	89